



Uster, 11. März 2019
Nr. 537/2019
V4.04.71

Anfrage 537/2019 von Patricio Frei (Grüne):

Investiert die Stadt Uster in fossile Energie?

Investitionen in fossile Energie sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich riskant. Denn seit der Uno-Klimakonferenz 2015 in Paris wissen wir: Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2050 praktisch auf Null zurückgefahren werden. Die Schweiz darf, gemäss einer WWF-Studie, bereits ab 2038 kein Erdöl, Erdgas und keine Kohle mehr verbrennen. Werden diese einschneidenden Massnahmen realisiert, werden grosse Investitionen der im fossilen Bereich tätigen Firmen wertlos. Weltweit wollen deshalb vorausschauende institutionelle Anleger nicht mehr weiter in fossile Energien investieren. Wie der britische Think Tank «Carbon Tracker» in einem Bericht (www.carbontracker.org) feststellt, könnte in diesem Bereich eine finanzielle Blase («Carbon Bubble») entstehen: Dies, da Firmen aus dem Erdöl-, Erdgas- und Kohlesektor nach ihren aktuellen (noch ungenutzten) fossilen Rohstoffreserven bewertet werden. Sollte die Nutzung dieser Reserven eingeschränkt werden (zum Beispiel um das 2-Grad-Klimaziel zu erreichen), würden die erwähnten Firmen schnell stark an Wert verlieren. Dies stellt ein finanzielles Risiko für Pensionskassen dar.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) stellt in einer Studie (2015, Kohlestoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz) fest, dass je nach Szenario zwischen 3 und 21 % der Vorsorgeleistung der Pensionierten gefährdet wäre. Für die BVK, die auch die Pensionskasse der Mitarbeitenden der Stadt Uster ist, postulierte eine Untersuchung die potenzielle klimabedingte Reduktion des Deckungsgrades im 15-Jahre-Horizont von heute 100% auf bis zu 87,5%.

Zwar ist die BVK eine privatrechtliche Stiftung, somit gemäss dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge rechtlich selbstständig. Als Arbeitgeber des Personals der Stadt Uster steht der Stadtrat trotzdem in der Verpflichtung, gegenüber der BVK die Interessen der Mitarbeitenden geltend zu machen, indem er das Recht auf Information ausübt und umfassende Informationen einholt. Diese müssen für die Stadt Uster und ihr Personal als Entscheidungsgrundlage für ein weiteres Vorgehen, unter Einschluss eines möglichen Kassenwechsels, verwendbar sein. Weiterhin ist er legitimiert, sein Gewicht als verantwortlicher Arbeitgeber bei der BVK einzusetzen, damit diese Schritte für mehr Nachhaltigkeit und für eine risikominimierende Klimastrategie unternimmt.

Die BVK kann mit ihren Anlagen die nachhaltige Politik der Stadt Uster unterstützen. Entscheidet sie sich zu einer transparenten Klimastrategie, die das Ziel anvisiert, die CO₂-Exposition durch Reduktion der besonders klimaexponierten Sektoren, beginnend bei den Produzenten von Erdöl und Erdgas



sowie Rohstoffkonzernen mit Kohleanteil zu vermindern, senkt sie das finanzielle Risiko der Vorsorgeleistungen ihrer versicherten Kunden und stellt sicher, dass die Renten nicht durch Klimarisiken gefährdet werden. Die Desinvestition von Anlagen im Bereich der Atomenergie wäre übereinstimmend mit der Geschäftsstrategie der Energie Uster, die heute schon ohne Atomenergie auskommt. Zudem macht eine solche Überprüfung auch Sinn für Tochtergesellschaften der Stadt Uster (Energie Uster etc.) sowie für Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt (Zweckverband Spital Uster etc.).

Die BVK (die Pensionskasse der Stadt Uster respektive der Mitarbeitenden der Stadt Uster und der Sekundarschulgemeinde Uster) kann mit ihren Anlagen die nachhaltige Politik der Stadt Uster unterstützen. Entscheidet sie sich, nicht mehr im Bereich von Erdöl, Kohle, Erdgas resp. Atom zu investieren, senkt sie das finanzielle Risiko der Vorsorgeleistungen ihrer versicherten Kunden und stellt sicher, dass die Renten nicht durch Kohle- bzw. Ölrisiken gefährdet werden. Die Desinvestition von Anlagen im Bereich der Atomenergie wäre übereinstimmend mit der Geschäftsstrategie der Energie Uster, die heute schon ohne Atomenergie auskommt. Zudem macht eine solche Überprüfung auch Sinn für Tochtergesellschaften der Stadt Uster (Energie Uster etc.) sowie für Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt (Zweckverband Spital Uster etc.).

Ich stelle dem Stadtrat und der Sekundarschulpflege folgende Fragen:

1. Welchen Umfang haben die Investitionen der BVK in den Bereichen der Produzenten von Erdöl und Erdgas sowie Rohstoffkonzernen mit Kohleanteil (gebeten wird um eine aktuelle Auflistung nach Firmen, der Art und dem Wert des Portfolios)?
2. Welchen Umfang haben die Investitionen der BVK im Bereich der erneuerbaren Energien (gebeten wird um eine aktuelle Auflistung nach Firmen, der Art und dem Wert des Portfolios)?
3. Welche Ergebnisse in Bezug auf die CO₂-Überexposition und die Untergewichtung der Sektoren, die mit dem Klima-Pfad des Pariser Klimaabkommens kompatibel sind, lieferte der BAFU-Klimaverträglichkeitstest für die BVK? Welche Empfehlungen machte der Test der BVK? Unter Berufung auf die Informationsansprüche des Personals der Stadt Uster bitte ich darum, den Originalbericht im Anhang der Antwort offen zu legen.
4. Ist die BVK im Bereich Atom finanziell engagiert?
5. Dieselben Fragen stellen sich bezüglich der Pensionskassen der Tochtergesellschaften der Stadt Uster sowie der Betriebe, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt: Wie hoch sind deren Investitionen in den Bereichen Erdöl, Kohle, und Erdgas? Im Bereich Atom? Und wie hoch im Bereich der erneuerbaren Energien?
6. Erachtet der Stadtrat Investitionen zur beruflichen Vorsorge des städtischen Personals in Erdöl-, Kohle- oder Erdgasunternehmen als kompatibel mit dem in der Gemeindeordnung verankerte Nachhaltigkeitsartikel?
7. Welche Strategie verfolgt die Stadt Uster in Bezug auf Investitionen in den Bereichen Erdöl, Kohle, Erdgas und Atomenergie?
8. Ist der Stadtrat bereit, in seiner Funktion als verantwortlicher Arbeitgeber Einfluss auf die BVK zu nehmen, um sicher zu stellen, dass diese eine transparente und verpflichtende Klimastrategie erarbeitet, die das Ziel der Dekarbonisierung des Portfolios festlegt, angefangen mit dem Ausstieg aus dem Bereich fossile Energien? Ist er bereit, sie auf den Verzicht in Anlagen der



- Atomenergie zu verpflichten? Und ist er bereit, bei der BVK darauf hinzuwirken, dass diese zunehmend ökologisch und sozial nachhaltig angelegt werden?
9. Ist der Stadtrat allenfalls bereit, die Pensionskasse zu wechseln, um eine nachhaltige berufliche Vorsorge des städtischen Personals sicherzustellen?
 10. Ist der Stadtrat bereit, bei seinen Tochtergesellschaften sowie den Betrieben, an denen die Stadt Uster substantielle Beteiligungen besitzt, Einfluss zu nehmen, um sicher zu stellen, dass deren Investitionen sowie diejenigen ihrer Pensionskassen nicht im Bereich fossile Energien oder Atom sondern ökologisch und sozial nachhaltig angelegt werden? Ist er bereit, bei diesen allenfalls auf einen Wechsel der Pensionskasse hinzuwirken, um eine nachhaltige berufliche Vorsorge auch dieses Personals sicherzustellen?

Uster, 11. März 2019

Patricio Frei